Nach den Beratungen zu einem neuen Haushalt ist es normalerweise üblich, dass die Fraktionen Stellung nehmen zu dem vorgelegten Haushaltsentwurf.

Von diesem Vorgehen werde ich in diesem Jahr abweichen, weil die Beratungen zu diesem Haushalt nicht wie vorgesehen und abgesprochen durchgeführt wurden.

Das Vorgehen der „Haushaltsmehrheit“ stand vielmehr im Widerspruch zu der immer wieder in der Öffentlichkeit und Presse geforderten Transparenz und der öffentlichen Diskussion. In mehreren Fachausschüssen wurde bei der 2. Lesung „Beratungsbedarf“ von ihr eingefordert und dies zum Beispiel mit den Worten „Wir arbeiten schließlich genau“ begründet. Eine völlig banale Begründung, denn das sollte für jeden Kommunalpolitiker selbstverständlich sein.

Die Folge dieses Vorgehens war dann, dass in den zuständigen Fachausschüssen keine öffentliche und kontroverse Diskussion mehr stattfand.

Der Gipfel dieser antidemokratischen Vorgehensweise war es aber wohl Anträge anderer Fraktionen ohne Diskussion abzulehnen mit der Begründung man habe keine Zeit zur Beratung gehabt, geschehen z.B. Kulturausschuss.

Einen Tag vor dem letzten Finanzausschuss kamen dann die Anträge der „Haushaltsmehrheit“. Ein ungeheuerlicher Vorgang. Innerhalb von 20 Stunden sollten diese Anträge von den anderen Fraktionen besprochen, bewertet, in den Gesamthaushaltsplan eingeordnet werden und Ergänzungen und Veränderungsanträge eingebracht werden.

Erst nach Einspruch und Kritik unserer Fraktion gab es im Finanzausschuss am 02.März einen Kompromiss, der die Haushaltsberatungen um eine Woche verschob. Selbst in dieser Finanzausschusssitzung gab es noch die Begründung, dass sie soviel Zeit gebraucht hätten. Dies ist ihnen wohl immer erst kurz vor der 2.Lesung eingefallen.

Wer sollte hier eine andere Absicht unterstellen?

Wenn dieses Verfahren auch in Zukunft stattfinden soll, dann kann man die 2. Lesung streichen und dann darf man nicht mehr von Transparenz und öffentlicher Mitwirkung sprechen.

Warum sprechen Verwaltung, SPD und „Die Grünen“ bei diesem Haushalt immer wieder von einem „Sparhaushalt“, setzen aber gleichzeitig den Schuldendeckel bis 2023 aus?

Ein Widerspruch?

Nein!

Eine Selbstverständlichkeit durch die Steigerung der Ausgaben durch die Pandemie. Der laufende Haushalt war ausgeglichen und auch in dem zu genehmigenden Haushalt sollte die Unterstützung der Organisationen, die gute und beständige Arbeit geleistet haben und ehrenamtlich arbeiten, weiterhin im Interesse unserer Mitbürger und Mitbürgerinnen unterstützt werden.

Warum werden dann aber die finanziellen Hilfen für Organisationen wie

* Seebrücke,
* Medinetz,
* Schlau,

gekürzt oder ihre berechtigten Anträge nicht aufgenommen?

Warum wird die geplante Streichung von 50.000,-€ beim Sammeltopf für Flüchtlingsarbeit nicht in den Sammeltopf für allgemeine Wohlfahrts- einrichtungen übertragen und auch in diesem Jahr im Haushalt verankert?

Es sollte doch wohl jedem klar sein, dass die genannten Organisationen und die aus dem Sammeltopf geförderten Organisationen durch die Auswirkungen der Pandemie mehr gefragt sein werden.

Die Benennung des Haushaltes 2021 als Sparhaushalt hat wohl eher den Hintergrund, nicht so genehme Organisationen zu beschneiden oder sie zu ignorieren.

Durch die Pandemie stehen viele Bürgerinnen und Bürger am Rande der Existenz, aber im krassen Gegensatz dazu soll eine GmbH mit 40.000,-€ bezuschusst werden, um ein Fußballturnier auszurichten. Dafür fehlt uns und sicherlich auch der Mehrheit der Bevölkerung jegliches Verständnis.

Es gibt „papierlose Menschen“, die von Medinetz betreut werden und auf finanzielle Hilfen z. B. bei Krankenhausaufenthalten angewiesen sind.

Leider gibt es für diese Personen zu häufig eine Ablehnung bei der Beantragung der Kostenübernahme durch die Sozialverwaltung, aber die Möglichkeit der Unterstützung durch Medinetz.

Für die Beschleunigung des Bauens von bezahlbaren Wohnungen sehen wir in diesem Haushalt keine konkreten Ansätze. Lediglich beschlossen wurde im Finanzausschuss die allgemeine Zielvorgabe „Steigerung des kommunalen Wohnungsbaus“.

Ausgerechnet bei diesem für Göttinger Bürgern und Bürgerinnen wichtigsten Thema, dem sozialen und bezahlbaren Wohnungsbau, fehlt der Haushaltsmehrheit offenbar die Phantasie.

Gelder, die diesem Ziel eigentlich dienen sollten, aber nicht abgefragt wurden, könnten zielgenauer eingesetzt werden. Stattdessen wird der 500.000 € Ansatz für dieses Jahr schlicht gestrichen. Sollte man sich nicht fragen, ob ein Instrument ungeeignet ist, wenn es nicht genügend nachgefragt wird? Wir haben immer wieder alternative Vorschläge gemacht, die aber stets von einer großen Mehrheit im Rat abgelehnt worden sind.

Es gibt noch mehrere Beschlüsse für diesen Haushalt, die nach unserer Meinung nicht in Einklang stehen mit den immer wieder in Reden und in der Presse veröffentlichten Stellungnahmen der „Haushaltsmehrheit“ und den Festlegungen in diesem Haushalt, die wir nicht nachvollziehen können.

Ich verzichte aber darauf, sie hier aufzuzählen.

Wir werden einigen Teilhaushalten zustimmen, dem Gesamthaushalt können wir aber nicht zustimmen.